

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 29 (1988)
Heft: 20

Artikel: Eine Standortbestimmung : das Schweizerische Ost-Institut in einer veränderten Welt
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094256>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Schweizerische Ost-Institut in einer veränderten Welt

Eine Standortbestimmung

1. Die Ausgangslage

Mit Kriegsende war der Nationalsozialismus, die in den 30er Jahren aggressivste und in unseren Breitengraden bekannteste Form des Totalitarismus, überwunden. Hitlers Selbstmord war das Eingeständnis eines Fehlschlages von welthistorischer Bedeutung. Ganz anders wurde der Kommunismus beurteilt.

Nach dem Scheitern der verheissenen Weltrevolution unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg – Trotzki hatte sich der These von der «permanenten Revolution» verschrieben – konzentrierte Stalin sich auf den Aufbau des «Sozialismus in einem Lande» und gab damit imperiale Zielsetzungen zum Schein auf. Zudem vermochte der Kommunismus eine soziale Ausrichtung ebenso erfolgreich vorzutäuschen wie eine demokratische, ja «volksdemokratische» Einstellung, derweil von den Nazis die Demokratie als plutokratisch verfehlt und verhöhnt worden war.

All das vermochte die totalitären Gemeinsamkeiten beider Ideologien mit erstaunlicher Langzeitwirkung zu vernebeln, ungeachtet der Tatsache, dass Stalin nach Abschluss des Zweiten Weltkrieges nicht wie die Westmächte abrüstete, vielmehr sogar 1946 in Griechenland einen Bürgerkrieg entfesseln half. Erst der Prager Umsturz vom Februar 1948, kurz darauf die Blockade Westberlins, dann auch der Ausschluss Titos aus dem Kominform als erneuter Beweis für den totalitären Machtanspruch Moskaus, endlich der damalige zielstrebige Aufbau von Satellitenregimes nicht nur in den von der Roten Armee besetzten Gebieten Osteuropas führten zu Ablehnung und Verurteilung des Kommunismus durch grosse Mehrheiten der westeuropäischen Völker.

Dementsprechend wurden in der Periode des von Moskau provozierten «kalten Krieges» die Mitglieder kommunistischer Parteien sozial geächtet.

Nach Kriegsende waren die Demokratien innenpolitisch gesichert und gefestigt. Der Totalitarismus hatte ausschliesslich einen fremden Ursprung und stellte im wesentlichen ein aussenpolitisches Problem dar. Der Konflikt zwischen offener und geschlossener Gesellschaft erschien als ein geographisch abgegrenzter Konflikt zwischen Demokratie

und Diktatur mit hier wie dort nur kleinen, jedenfalls machtlosen Minderheiten, die von den Vorzügen der gegnerischen Staatsordnung eher überzeugt waren als von jenen der eigenen.

Aber der vom Kommunismus den Demokratien aufgezwungene Konflikt war anderer Natur, als ihn der Nationalsozialismus begründet hatte.

Hitler hatte kurz nach der Machtübernahme das Hauptgewicht auf die Rüstung gelegt und auf die militärische Kriegführung mehr vertraut als auf die politische. Für Demokratien und Demokraten ergab sich damit eine verhältnismässig einfache Form des Konfliktes, weil sie im Schwarzweissmuster gestrickt war. Zwar wurde «geistige Landesverteidigung» organisiert; sie diente jedoch im wesentlichen der Feststellung, dass drüben (fast) alles schlecht und teuflisch, hüben aber (fast) alles zum Besseren bestellt war. Der Pflicht zur Beweisführung durfte man sich weitgehend entziehen wähen; es war abzusehen, dass die Entscheidung militärisch fallen würde. Dass Hitler die Arbeitslosigkeit erfolgreich bekämpfte, die ersten Autobahnen gebaut und allgemein für «bessere Ordnung» gesorgt hatte: All dies brauchte intellektuell nicht relativiert zu werden, weil Hitlers strategische Motive und Interessen auf der Hand lagen.

Moskau führte nach Abschluss des Zweiten Weltkrieges seine seit 1939 sichtbar aggressive Aussenpolitik (Polen, Baltikum, Finnland) weiter, freilich ohne sich des militärischen Krieges als Hauptinstrument zur Herrschaftserweiterung zu bedienen. Erst dann fügte Moskau dem Konflikt eine echte geistige Dimension hinzu. Was westlicherseits notwendig wurde, war nicht mehr primär eine Motivation zum physischen Kampf, sondern zu einer ethischen Haltung, war nicht mehr auf dem Schwarzweissmuster auszumachen, sondern erforderte ein rationales Verständnis für Unterschiede von Grotouen, war nicht mehr auf emotionelle Propagandaformeln zu reduzieren, sondern setzte Fähigkeit und Bereitschaft zu hoher Differenzierung voraus. Die soziale Ächtung westeuropäischer Kommunisten erfolgte, ohne dass die intellektuelle Auseinandersetzung mit dem Marxismus-Leninismus abgeschlossen gewesen wäre; auch behelligte sie in keiner Weise das Zentrum der Macht in Moskau.

Der Konflikt war auf lange Dauer angelegt. Für seine Bewältigung fehlten anfänglich die nötigen Voraussetzungen und Vorbereitungen. In der Schweiz wurden weder spezialisierte Vorlesungen oder berufliche Möglichkeiten angeboten, noch standen Fachbibliotheken zur Verfügung. In den meisten andern Ländern hat man sich rascher und umfassender auf diese neuen Aufgaben ausgerichtet.

Die Gegebenheiten legten Bemühungen und Einsätze nahe, die 1959 im Rahmen einer Reorganisation früherer Bestrebungen zur Gründung des Schweizerischen Ost-Instituts (SOI) und der Schweizerischen Osteuropa-Bibliothek (OEB) führten.

Das SOI als nichtgewinnstrebige Aktiengesellschaft stellte sich die Aufgabe, die im weitesten Sinne des Wortes politische Entwicklung in den kommunistisch geführten Staaten – sie waren Parteigänger der bedrohlichsten Form des Totalitarismus – zu beobachten und die Arbeitsergebnisse den verantwortungsbewussten Kreisen – und jenen, die es sein müssten – zuzuleiten. Die OEB als finanziell, personell und räumlich vom SOI getrennte Institution verfolgt den Zweck, die kommunistische Ideologie und ihre praktisch-politischen Auswirkungen im bestehenden und angestrebten Herrschaftsgebiet anhand der Quellen nachzuweisen. Vor drei oder vier Jahrzehnten war es in der Schweiz nicht möglich, wie in andern Ländern ein rein wissenschaftliches Forschungsinstitut über Osteuropa zu finanzieren. Alle diesbezüglichen Versuche scheiterten. Das war der Grund, warum eine bescheidenere Lösung gesucht werden musste – und dank der besonderen schweizerischen Verhältnisse auch gefunden werden konnte: *ein Institut zur Bereitstellung einer gewissenhaft erarbeiteten, ideologiefreien Information als Basis für eine grundsätzlich orientierte, langfristig haltbare Meinungsbildung interessierter Staatsbürger, Träger der offenen Gesellschaft.*

Solche Information musste mit hohem Verantwortungsbewusstsein erarbeitet werden, damit sie auch als Prämisse gelten konnte für ostpolitische Entscheidungen westeuropäischer Regierungen. Nur so durfte eine zureichende private Unterstützung auf Dauer erhofft werden.

LIEBE LESER

Diese Sondernummer, die einer Gesamtbeurteilung der Perestrojka durch unsern Institutsleiter gewidmet ist, trifft sich mit Vorgängen in Moskau, welche den vorbehaltlichen Optimismus über die Fortsetzung des sowjetischen Umwandlungsprozesses rechtfertigen.

Tatsächlich weisen die Umbesetzungen an der Partei- und Staatsspitze in die gute Richtung, auch wenn sie sozusagen mit einem Rückgriff auf den alten Stil der plötzlichen Einstimmigkeit durchgeführt worden sind.

Gromykos Rücktritt als Staatspräsident war schon altershalber fällig. Seine Entmachtung war schon zuvor erfolgt, eben durch seine Ernennung auf diesen Repräsentationsposten. Gorbatschow allerdings übernimmt das Amt in einem neuen Sinn; gemäss den Beschlüssen der Parteikonferenz vom Juni wird nächstes Jahr ein neues Staatspräsidium mit Eigengewicht und wirklichen Kompetenzen geschaffen. Das gehört an sich zur Entflechtung von Partei und Staat, und hier mag die Personalunion widersprüchlich erscheinen. Indessen geht es im Moment einfach darum, den Fortgang der Perestrojka sicherzustellen, und das tut man mit dem Beweis von Führungsstärke.

Ähnliches geschieht mit der Redimensionierung von Ligatschow und der «Beförderung» des bisherigen KGB-Chefs Tschebrikow zum ZK-Sekretär. Der neue KGB-Chef Krutschkow hat übrigens keinen Einsitz ins Politbüro genommen. Dass sowohl Ligatschow als auch Tschebrikow dort bleiben, macht bei alledem den Eindruck von Gelassenheit; kein schlechtes Omen für einen grosso modo kontrollierten Fortgang der Veränderungen.

Bei der Perestrojka geht es allerdings bei weitem um mehr als nur um Personalpolitik oben. Es gibt immer mehr selbständige Träger der Neuerungen, und die ursprüngliche «Revolution von oben» wird weiter unten aufgegriffen, vor allem in der Mitte. Das ist mit Risiken verbunden, aber anders wäre die Demokratisierung ja nicht echt. Den laufenden Vorgang haben wir im ZeitBild bisher gezeigt und werden es mit unsern kommenden regulären Nummern wiederum tun, verstärkt noch mit unserm Eingehen auf die sowjetische Presse und ihre ganze Thematik, einschliesslich auch immer deutlicher der Abrechnung mit dem System.

Für heute weisen wir pro domo noch auf eine kleine Perestrojka in unserer Zeitung hin. Wir machen einen neuen Umbruch und führen ihn in dieser – sonst atypischen – Nummer schon ein. *Christian Brügger*

Die selbstgewählte Aufgabe des SOI, im Laufe der Zeit verfeinert und konkretisiert, lautete bis anhin: Erforschung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung in kommunistisch geführten Staaten; Beurteilung dieser Entwicklung sowie Korrektur von Desinformation; Information hier und in der Dritten Welt und Förderung der Meinungsbildung; Feststellung des Aggressivitätsgrades von Diktaturen entsprechend ihrer Anwendung von Zwang und Gewalt bei der Verbreitung von Glaubensinhalten; ganz allgemein *Bekämpfung totalitärer Herrschaftsansprüche mit dem Ziel der Erhaltung und Stärkung der offenen, demokratischen Gesellschaft.*

2. Das SOI und die Reformbewegung

Im Lichte dieser Zielsetzung haben der Beratende Ausschuss und der Vorstand des Fördervereins zusammen mit dem SOI-Verwaltungsrat auf der Grundlage der nachstehend beigefügten Beurteilung der Entwicklung in der UdSSR durch die Leitung des SOI eine Standortbestimmung vorgenommen.

Es ist eine Tatsache, dass Gorbatschow durch seine Persönlichkeit wie durch die von ihm verkörperte Reformbewegung in den demokratischen Ländern – in Westeuropa und in Nordamerika vor allen andern – einen starken Eindruck auf die Öffentlichkeit ausgeübt hat. Die unerwartet positiven, in der sowjetischen Geschichte erstmaligen Ansätze zu einem tiefgreifenden Wandel und mithin zu einer Öffnung der bislang geschlossenen Gesellschaft haben in Verbindung mit einem starken, wenn auch nur latent vorhandenen, westlichen Wunschenken zu beispiellosen Entspannungserwartungen geführt. Nach Auffassung vieler Westeuropäer hat sich die Bedrohungslage drastisch verändert. Die ausserpolitische Gefahr, der Hegemonieanspruch der UdSSR und deren politische Kriegführung, erregen kaum mehr Bedenken und erzeugen wenig Abwehrreflexe.

Weil der Ost-West-Konflikt – seit Abschluss des Zweiten Weltkrieges die grösste Bedrohung der freien Welt – anscheinend oder scheinbar an Virulenz verliert, rücken die innenpolitischen Probleme und jene auf der Nord-Süd-Achse unweigerlich in den Vordergrund: Terrorismus, Kontestation, Umwelt, Entwicklung.

Das gilt auch für die Erscheinungen, die nun (zu Recht oder nicht) aus dem Zusammenhang mit der sowjetischen politischen Kriegführung herausgelöst werden. Wenn beispielsweise von Terroristen nicht mehr angenommen werden könnte oder müsste, dass sie direkt oder indirekt sowjetgestützt sind, wird man sich mit den tatsächlich oder vermeintlich autochthonen Ursachen des Terrorismus eingehender befassen müssen, wird man vom Ergebnis eher belastet werden, zumal dann gegebenenfalls ein sehr viel höheres Mass von unmittelbarer Eigenverantwortung auf dem Spiel steht.

In der positiven Beurteilung der sowjetischen Reformbewegung übersieht das SOI keineswegs, dass die durch die Neuerung und den Wandel angestrebten Ziele noch in keiner Weise schon erreicht sind, dass ein Scheitern durchaus im Bereich des Möglichen liegt und vor allem: dass die ausserpolitische Bedrohung noch nicht behoben ist. *In dieser Lage, da sich die Sowjetunion in einer Art Schwebezustand befindet, kommt dem ausserpolitischen Verhalten Westeuropas, Nordamerikas und Chinas und der Information dieser Völker eine sogar grössere Bedeutung zu als zuvor, da sowjetische Politik berechenbarer, aber weniger beeinflussbar war.* Die Beobachtung der komplexeren Entwicklung in der Sowjetunion ist demnach viel wichtiger und anspruchsvoller geworden als früher.

Die verständliche Absicht westlicher Kreise zum Beispiel, den Reformkurs zu «unterstützen», kann zu gutmeinenden, aber unbehelflichen Vorschlägen führen. Die freie Welt darf von ihren Forderungen bezüglich Aufgabe sowjetischer Hegemoniepläne, weiterer, auch konventioneller Abrüstung, besserer Gewährleistung der Menschenrechte und Beilegung regionaler Konflikte nicht abweichen. Sie muss politisch wachsam und militärisch mindestens paritätisch gerüstet bleiben. Sonst auferlegt sie die Verantwortung für das, was eine echte sowjetische Reformbewegung ohnehin zu leisten hätte, Gorbatschow persönlich – und überfordert ihn so eher, als dass sie ihn entlastet.

Deshalb gehört es – was immer die Entwicklung in der Sowjetunion sein wird – nach wie vor zu den zentralen Aufgaben des SOI,

Fortsetzung auf Seite 4

Schluss von Seite 3

über Glasnost, Perestrojka und Demokratisierung nicht nur ausführlich zu informieren, sondern die Entwicklung auszuloten und verantwortungsbewusst zu beurteilen. Dies im Hinblick auf ein der Reform förderliches, kritisch-konstruktives eigenes Verhalten.

Zu den ständigen Aufgaben des SOI zählt auch die seit den 68er Unruhen aufgenommene und je nach Umständen verstärkte Beschäftigung mit demokratieabträglichen Erscheinungen im Westen und speziell in der Schweiz: Erscheinungen, die ursprünglich teils auf subversive Inspiration zurückgehen und von denen einige zwischenzeitlich ein Eigenleben zu führen vermögen.

Aus dem Studium der sowjetischen Geschichte bis zum Amtsantritt Gorbatschows – die heute in der Sowjetunion selbst freimütig als epochale Fehlentwicklung bezeichnet wird – haben die Mitarbeiter des SOI Erkenntnisse auch über die grundsätzlichen Existenzbedingungen von Gesellschaften gewonnen, Erkenntnisse, welche die politische Diskussion in der offenen Gesellschaft aus einem besonderen Blickwinkel zu bereichern vermögen.

Falls die Reformbewegung scheitert oder wider Erwarten nur dazu dienen sollte, die Effizienz des Systems zu steigern und den

Westen einzuschläfern, um die aggressive Aussenpolitik seit 1939 weiterzuführen, wird die Tätigkeit des SOI unverändert fortzusetzen sein.

Wenn jedoch die sowjetische Gesellschaft sich eines Tages tatsächlich im Sinne einer Liberalisierung verändert, auf das Ziel der Weltherrschaft glaubwürdig verzichtet und sich westlichen Gesellschaften in der Menschenrechtsgewährung anzugleichen beginnt, so wird sich die Frage einer Neuorientierung der Institutsarbeit stellen.

3. Die heutigen Aufgaben des SOI

Die zuvor definierten bisherigen Aufgaben des SOI werden im Hinblick auf die jetzigen Entwicklungen in der Sowjetunion wie folgt neu umschrieben:

- Systematische Analyse der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aspekte des sowjetischen Reformkurses und seiner globalen Auswirkungen;
- Darstellung und Beurteilung der Entwicklungen in Mittel- und in Südosteuropa;
- Förderung der offenen Gesellschaft, verwirklicht in der pluralistischen, rechtsstaatlichen Demokratie; Erhaltung und Stärkung im Westen, Aufbau und Entwicklung in Osteuropa;
- Förderung der Menschenrechte;
- Förderung des Kennenlernens zwischen West und Ost;
- Förderung zu einer fundierten gesellschaftspolitischen Meinungsbildung im Dienste der offenen Gesellschaft;
- Enthüllung und Korrektur von politischer Desinformation;
- spezielle Informationstätigkeit in der Dritten Welt.

Es ist beizufügen, dass das SOI schon bisher das Ziel nie aus den Augen verloren hat, am Brückenschlag mitzuarbeiten, diese Aufgabe

aber bis zum Reformkurs nicht als dringlichste Tätigkeitsebene in Aussicht nehmen konnte.

Aus dem SOI-Vorwort zur Schrift «Drei Schweizer im alten Russland», die 1979 aus Anlass des 20jährigen Bestehens allen Mitgliedern des Förderervereins überreicht worden ist, wurde dazu folgendes ausgeführt: «Einen Graben dieser Art können nur freie Menschen im freien Gespräch überbrücken und schliessen. Es ist weder Zufall noch ausschliesslich Folge der engen materiellen Grenzen des Ost-Instituts, dass dessen Bemühen um solchen Brückenschlag im Hintergrund verblieben ist. Erste Priorität kam in den beiden Jahrzehnten nach dem Weltkrieg der Kritik der geschlossenen Gesellschaft zu. Diese westliche Haltung vermochte in Osteuropa allerdings nicht die erhoffte Breitenwirkung zu erzielen; noch bleibt sie auf die Elite der Dissidenten beschränkt. Der scheinbare Misserfolg führte aber unerwartet zu einer heftigen Selbstkritik im Westen, welche nun die offenen Gesellschaften in Frage zu stellen begann. So ergab sich auch für das SOI die Notwendigkeit eines stärkeren Einsatzes zur Erhaltung der offenen Gesellschaft – als ein Beitrag von vielen notwendigen. Doch ist darob das Anliegen des Brückenschlages nicht in Vergessenheit geraten. Ihm dient nun auch diese Schrift (. . .). Die Erhellung der Leistungen von Schweizern im alten Russland erinnert daran, dass es dort eine starke, zuweilen sogar die grösste Gruppe von Auslandschweizern gegeben hat. Was einmal war, könnte wieder werden. Die Schrift zeigt zudem, wie wichtig die Kenntnis der osteuropäischen Vergangenheit ist, um dereinst das Gespräch auf breiter Ebene aufnehmen und erfolgreich gestalten zu können.»

Ein erfolgreicher Reformkurs in der Sowjetunion würde einen derartigen Einsatz des SOI in den Bereich realer Möglichkeiten rücken. Das SOI dürfte aus mehreren Gründen besonders qualifiziert sein, am Brückenschlag mitzuwirken. Zum einen hat es Zugang zu einer ganz hervorragenden Dokumentation, welche insbesondere auch die historischen Ursprünge des Totalitarismus in Russland aufdeckt. Deren Aufarbeitung vermittelt Erkenntnisse zur Überwindung des Totalitarismus.

Zum andern verfügen seine Mitarbeiter über eine vielfältige Erfahrung mit Osteuropa, geschärft in der kritischen Analyse des realen Sozialismus und frei von utopischem Idealismus.

Zum dritten – und das ist vermutlich entscheidend – erfüllt das SOI «politisch-atmosphärische» Voraussetzungen wie wenige andere Institutionen: Es hat sich konsequent antitotalitär verhalten, ohne Bolschewiken, Kommunisten oder Sowjets mit Russen oder Slawen gleichzusetzen, ohne Klischees zu verwenden, ohne einer simplen Schwarzweissmalerei zu verfallen; und vor allem:

Bestellschein für Zeitbild

Ich bestelle ein Jahresabonnement **Zeitbild** zu Fr. 52.—
(Ausland sFr. 57.—/DM 68.—). Erscheinungsweise alle zwei Wochen.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum, Unterschrift: _____

20/88

Bitte einsenden an **Zeitbild**, Postfach, CH-3000 Bern 6



Zeitbild

Erscheint alle zwei Wochen

Redaktion – Administration – Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Telefon 031 43 12 12, Telex 912 713 soi ch
Telefax 031 43 38 91

Postcheck Zeitbild 30-24616-5
Banken: Spar + Leihkasse Bern 1.534.002.03
Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10)
0782409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Forschung, Information und Dokumentation

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

Abonnementspreise Schweiz

Jahresabonnement Fr. 52.–
Studenten, Lehrlinge und Schüler Fr. 31.–
Einzelnummer Fr. 2.50

Abonnementspreise Ausland Europa und Mittelmeerlande

Jahresabonnement sFr. 57.–/DM 68.–
Luftpost sFr. 62.–
Studenten, Lehrlinge und Schüler sFr. 36.–/DM 43.–
Einzelnummer sFr. 2.80/DM 3.40

Übersee

Jahresabonnement Luftpost sFr. 67.–

Wissenschaftlich-redaktionelle Mitarbeiter SOI

Prof. Dr. Laszlo Revesz, Dr. Max Keller, Ian Tickle,
Saulo Herrero, Georg Bruderer, Jürg L. Steinacher,
Jacques Baumgartner, Dr. Jerzy Bahr

Redaktionelle Zusammenarbeit

Etudes politiques
Redaktion Claude Rieser

Anzeigentarif

Gemäss Anzeigenliste Nr. 12

Druck und Versand

Hallwag AG Bern,
Nordring 4, 3001 Bern

Weitere SOI-Informationstätigkeit

SOI-Bilanz (monatliche Hintergrundinformation und Kurzanalyse der internationalen Lage)

Etudes politiques (Monatszeitschrift)

Artikeldienste für die Presse der 3. Welt:

Swiss Press Review and News Report
(für Asien und Afrika)

Revue de la Presse Suisse –

Informations – Commentaires (für Afrika)

Revista de la Prensa Suiza y Noticiario
(für Lateinamerika)

Nashrat as-Sahafa as-Swissiera
(für arabische Länder)

Expertisen

Referentendienst

Mitteilungsblatt für die Freunde des SOI

Verlag SOI (Taschenbuchreihe TM, Sonderdrucke usw.)

Buchhandlung SOI

weniger auf eine Integration ausgehend, können ebenfalls Formen weitergehender Kooperation anbieten. Die anstehenden Veränderungen sind enorm; wer sich damit nicht aktiv befasst, wird von der Entwicklung überrollt werden. Soviel zu den Interessen an dieser Entwicklung. Es gibt Möglichkeiten, sie wahrzunehmen.

Die Schweiz ist für eine sich öffnende Sowjetunion interessant. Wir haben eine hochentwickelte Forschung und eine Wirtschaft, die zwar bisher in der Sowjetunion als «kapitalistisch» diffamiert worden ist; doch der Vorwurf wird allmählich zum Lob, da die Sowjetführung die Marktwirtschaft zu preisen beginnt. Mit der kleinen, machtlosen und so gar nicht bedrohlichen Schweiz können Impulse leichter ausgetauscht und Wirtschaftsbeziehungen sorgenfreier geknüpft werden.

In der einen oder andern Form könnte auch die erprobte und breit anerkannte immerwährende Neutralität der Schweiz zu neuem Ansehen gelangen. Wenn sich die Sowjetführung zu weiteren Verkürzungen ihres internationalen Engagements gezwungen sehen sollte, so wird sie sich mit einem Übergang mitteleuropäischer Länder zu einer «Neutralität nach schweizerischem Vorbild», wie Moskau sie vor Abschluss des Staatsvertrages von 1955 Österreich nahegelegt, aber in Ungarn ein Jahr darauf noch verhindert hatte, eher gesichtswahrend abfinden können. Solche Einsätze zu leisten ist eine Aufgabe, welche die Schweiz im Interesse sowohl Europas als auch der Demokratie erbringen muss. Das dürfte zudem der Selbstlegitimierung schweizerischer Eigenart dienen.

Die Anfänge des SOI reichen ins Jahr 1948 zurück. Dank der Unterstützung verantwortungsbewusster Kreise konnte es 1959 in seiner heutigen Form aus einer Reorganisation hervorgehen. Es hat seine Notwendigkeit und Nützlichkeit durch seine Analysen immer wieder und erfolgreich unter Beweis gestellt. Mit vollem Einsatz wird es dies in einer veränderten Zeit tun, die neben mehr Risiken gesteigerte Chancen verheisst, um auch auf anderen Wegen seiner bisherigen Zielsetzung gerecht zu werden.

1. September 1988 *Verwaltungsrat des SOI*
Beratender Ausschuss
Vorstand VFSOI

ohne seine Haltung opportunistischen Überlegungen anzupassen, indem es sich von verschiedenen Phasen der Entspannung und des Tauwetters nicht hat beirren lassen. *Was die Ära Gorbatschow an Kritik der knapp 70jährigen Sowjetgeschichte formuliert hat, ist weitgehend deckungsgleich mit der jeweiligen Beurteilung durch das SOI.* Diese hat so eine unerwartet frühe und unverhofft breite offizielle Bestätigung erfahren.

Zudem hat das SOI realistisch die Ansätze zur Abkehr von bisherigen Leitideen des kommunistischen Systems, von der Reformbewegung Gorbatschows eingeleitet, schon im Spätherbst 1986 erkannt und damit das Fehlen opportunistischer Überlegungen seinerseits auch für die gegnerische Seite nachgewiesen. Mittlerweile sind Glasnost und Perestrojka in Mode gekommen.

Das SOI kann dank seiner Erfahrung mit Forschung, Information und Dokumentation über internationale Entwicklungen einen wesentlichen Beitrag zur Meinungsbildung in Politik und Wirtschaft leisten. So ist zum Beispiel zu unterstreichen, dass eine Öffnung der Sowjetunion und damit auch Mitteleuropas nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich eine völlig neue Lage in Europa schaffen wird. Davon werden unmittelbar die (west)europäischen Institutionen wie Europarat, Europäische Gemeinschaften, Westeuropäische Union, Nato betroffen. Mittelbar, aber mit beträchtlicher Langzeitwirkung, werden sich ökonomische Auswirkungen bemerkbar machen: Die west- und osteuropäischen Wirtschaftsräume werden einem langsamen Annäherungsprozess ausgesetzt. Die Europäischen Gemeinschaften, zwar auf Integration ausgerichtet, können zunächst die Intensivierung des Warenverkehrs regeln. Die EFTA-Länder indes,

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's